

# Inhaltsverzeichnis

## Teil 1

<b>Einleitung</b>	<b>19</b>
§ 1 Positiv evaluiert, dennoch keine Erfolgsgeschichte: Spärliche Erfahrungswerte mit „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren .....	22
A. Pilotprojekt des BKK-Landesverbandes Niedersachsen-Bremen .....	22
B. „Mediation“ in Widerspruchsverfahren der Techniker Krankenkasse .....	24
C. Pilotprojekt der Berufsgenossenschaft Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege .....	25
D. Weitere Beispiele für „Mediationen“ im Bürger-Sozialbehörde-Verhältnis ..	26
§ 2 Mögliche Gründe für den spärlichen Einsatz von „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren .....	27
A. Begriffliche Ungewissheit schürt Fragen zu Nutzen und Eignung von „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren .....	28
B. Rechtliche Ungewissheit schürt Fragen zur rechtlichen Zulässigkeit von „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren .....	32
I. Kritische Analyse des Meinungsstands zur Zulässigkeit von „Mediation“ im Verwaltungsverfahren .....	32
1. Bisher bekannte Zulässigkeits- und Unzulässigkeitsthesen .....	34
2. Argumentationsmuster .....	37
a) Argumentation mit dem eingriffsinduzierten Gesetzesvorbehalt .....	37
b) Argumentation mit staatsstrukturell induzierten Gesetzesvorbehalten .....	41
c) Weitere Argumentationsmuster .....	46
3. Zwischenfazit .....	49
II. Komplizierung des Meinungsstandes durch die begriffliche Ungewissheit .....	49
C. Rechtliche Ungewissheit schürt Fragen zur rechtlichen Gebotenheit von „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren .....	53
§ 3 Ziele und Gang der Untersuchung .....	56

## Teil 2

<b>Der deutsche Begriff „Mediation“ und sein Potential für die Konfliktbehandlung im Sozialverwaltungsverfahren</b>	<b>59</b>
§ 1 Das Begriffswirrwarr um das deutsche Wort „Mediation“ in Literatur, Praxis und Gesetzgebung .....	59
A. Entstehung eines Begriffswirrwarrs in Literatur und Praxis .....	59

I. Unstreitiger Kern: Drittmittlung bei interpersonalen Konflikten .....	59
II. Streitigkeit aller weiteren Begriffsmerkmale .....	61
1. Streitige Begriffsmerkmale betreffend den Verfahrensrahmen .....	62
a) „Sackgassen“-Situation als begriffsnotwendiges Kriterium? ....	62
b) Freiwillige Mitwirkung aller Beteiligten zu jedem Zeitpunkt? ..	62
c) Umfassende Vertraulichkeit des Verfahrens? .....	63
d) Möglichkeit einer rechtsverbindlichen Abschlussvereinbarung?	64
e) Jederzeitige Informiertheit der Parteien? .....	65
2. Streitige Begriffsmerkmale betreffend die Rolle des Dritten .....	66
a) Neutralität/Allparteilichkeit des Dritten? .....	66
b) Fehlen der Befugnis des Dritten zur Streitsentscheidung? .....	68
c) Uneingeschränkte Prozessführungsbefugnis des Dritten? .....	69
d) Rein facilitative oder (auch) evaluative Rolle des Dritten? .....	69
e) Erlaubtheit eigener Lösungsvorschläge des Dritten? .....	72
f) Das Harvard-Konzept als begriffsnotwendige Methode des Dritten? .....	74
g) Begriffsnotwendige innere Zielrichtung des Dritten? .....	77
III. Vertiefung des Begriffswirrwarrs durch ungünstige Bewältigungsstra- tegien .....	79
1. Behauptung einer Vielzahl vermeintlich einzig richtiger Inhalte von „Mediation“ .....	80
2. Weit gefasste Definitionen von „Mediation“ .....	82
3. Individuelle Arbeitsdefinitionen von „Mediation“ .....	87
IV. Zwischenfazit: Der deutsche Begriff „Mediation“ in der Glaubwürdig- keitskrise .....	88
B. Fortschreibung des Begriffswirrwarrs in der Gesetzgebung .....	90
I. Begriffliche Indifferenz der EG-Richtlinie 2008/52/EG .....	91
II. Begriffliche Offenheit des deutschen Mediationsgesetzes .....	101
1. Möglichkeit der Begriffsverklärung: Die Anwendbarkeit des Mediationsgesetzes auf „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren	102
2. Kaum begriffliche Festlegungen durch das Mediationsgesetz .....	109
a) Das gesetzliche Merkmal der Vertraulichkeit .....	109
b) Das gesetzliche Merkmal der Verfahrensstrukturiertheit .....	113
c) Das gesetzliche Merkmal der Eigenverantwortlichkeit .....	121
d) Das gesetzliche Merkmal der Freiwilligkeit .....	126
e) Die gesetzlichen Merkmale der Unabhängigkeit, Neutralität und der fehlenden Entscheidungsbefugnis des Dritten .....	129
3. Zwischenfazit: Fortdauer der Glaubwürdigkeitskrise und des rechtstat- sächlich-begrifflichen Klärungsbedarfs .....	130
§ 2 Begriffsschärfung durch eine wortgeschichtlich begründete Definition von „Mediation“ .....	133
A. Kriterien für eine sinnvolle Definition von „Mediation“ .....	135

I. Gewährleistung der Abgrenzbarkeit von „Mediation“ .....	135
II. Gewährleistung einer Begründung für die Inhalte von „Mediation“ ....	136
III. Gewährleistung der sozio-semantic Individualität von „Mediation“ .....	136
IV. Gewährleistung eines maximalen Geltungsbereichs der nachfolgenden rechtsdogmatischen Untersuchung? .....	139
B. Entwicklung einer wortgeschichtlich begründeten Definition .....	139
I. Die Geschichte des deutschen Wortes „Mediation“ .....	141
1. „Mediation“ als Synonym für freihändige Drittmittlungen im staatlich- politischen Bereich (ca. 1640–1900) .....	141
2. „Mediation“ als Übersetzung des englischen Wortes „mediation“ zur Bezeichnung von Drittmittlungen in privaten Konflikten (seit ca. 1989) .....	150
a) Hintergrund: Die Entwicklung des amerikanisch-englischen Wortes „mediation“ im 20. Jahrhundert .....	151
aa) Nichtabgrenzbarkeit trotz Gebrauchssteigerung (ca. 1900–1970) .....	151
bb) Formung einer innovativen Begriffsinhaltskontur (1970er Jahre) .....	154
cc) Weitere Formung durch das Harvard-Konzept (seit 1981) ...	158
(1) Hintergrund und Inhalt des Harvard-Konzepts .....	158
(2) Verschmelzung von Harvard-Konzept und „mediation“ .....	161
dd) Rückentwicklung zur Konturlosigkeit: „Riskin’s Grid“ (1996) .....	162
b) Übersetzungen von „mediation“ ins Deutsche (seit 1989) .....	164
aa) Übersetzungen von „mediation“ mit innovativer Inhaltskontur .....	165
bb) Übersetzungen von „mediation“ ohne innovative Inhaltskontur .....	171
II. Die wortgeschichtlich begründeten Begriffsinhalte von „Mediation“ ...	173
C. Die Folge: Nachschärfungsbedarf für den deutschen Gesetzgeber .....	177
I. Nachschärfung des Mediationsgesetzes im Sinne der wortgeschichtlich begründeten Begriffsinhalte von „Mediation“ .....	177
1. Nachschärfung des gesetzlichen Merkmals der Vertraulichkeit .....	177
2. Nachschärfung der gesetzlichen Merkmale der Verfahrensstrukturier- theit und Eigenverantwortlichkeit .....	180
3. Keine Nachschärfung der weiteren gesetzlichen Merkmale .....	183
II. Inkurs: Nachschärfung von § 1 MediationsG wegen Verstoßes gegen die EG-Richtlinie 2008/52/EG .....	184
§ 3 Das rechtstatsächliche Potential der wortgeschichtlich definierten Mediation für die Konfliktbehandlung zwischen Bürger und Sozialbehörde im Sozialverwal- tungsverfahren .....	187
A. Konfliktmerkmale für ein großes Mediationspotential im Allgemeinen .....	187
B. Konfliktmerkmale im Sozialverwaltungsverfahren: Mediationspotential? ..	190
I. Grundsatz: Großes Mediationspotential im Sozialverwaltungsverfahren .....	190
II. Sozialrechtsspezifische Potentialsteigerungen oder -einschränkungen? ..	196
1. Steigerung durch sozialrechtsspezifische Dauerbeziehungen .....	196

2. Steigerung durch sozialrechtsspezifisches Trägernetz .....	198
3. Einschränkung wegen geringer Handlungsfreiheit von Sozialbehörden? .....	200
4. Einschränkung wegen des Gedankens der Sozialverwaltungseffizienz? .....	209
III. Mögliche Fallauswahlkriterien für die Sozialverwaltungspraxis .....	214
C. Ergebnis zum rechtstatsächlichen Potential der Mediation für die Konflikt- behandlung zwischen Bürger und Sozialbehörde im Sozialverwaltungs- verfahren .....	217

### *Teil 3*

#### **De lege lata:**

<b>Die rechtliche Zulässigkeit von Bürger-Sozialbehörde-Mediation durch einen privaten Dritten im Sozialverwaltungsverfahren – Grenzen des sozialen Verfassungsstaats</b> .....	219
§ 1 Einsatzsperren kraft der Gesetzesvorbehalte zum Schutz des Bürgers vor staat- lichen Belastungen .....	222
A. Einsatzsperre kraft des verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalts für Grundrechtseingriffe .....	222
I. Grundrechtsverpflichtete in der Bürger-Sozialbehörde-Mediation .....	223
1. Die zuständige Sozialbehörde als Grundrechtsverpflichtete .....	225
a) Grundrechtsempflichtung durch mediative Gleichordnungsebene? .....	225
b) Grundrechtsempflichtung durch Informalität der Mediation? ..	226
c) Grundrechtsempflichtung durch Freiwilligkeit der Teilnahme des Bürgers? .....	226
2. Der private Mediator als Grundrechtsverpflichteter .....	229
II. Grundrechtseingriffe in der Bürger-Sozialbehörde-Mediation .....	231
1. Der vorbehaltsrelevante Eingriffsbegriff im Allgemeinen .....	231
2. Grundrechtseingriffe wurzelnd in den verhandelten materiellen Inhalten .....	234
a) Die Eingriffsrelevanz sozialrechtlicher Sachverhalte .....	234
b) Materielle Eingriffsvorwirkungen in der Mediation .....	239
aa) Eingriffsvorwirkungen zulasten des Antragstellers .....	239
bb) Keine Eingriffsvorwirkungen zulasten Dritter .....	244
cc) Eingriffsvorwirkungen durch Grundrechtsverzicht entschärft? .....	245
c) Existenz einer Ermächtigungsgrundlage für die materiellen Eingriffsvorwirkungen in der Mediation .....	249
d) Inkurs: Existenz einer Ermächtigungsgrundlage für die materiel- len Eingriffsvorwirkungen in evaluativen Drittmittlungen? ....	252
3. Grundrechtseingriffe wurzelnd in Verfahrensspezifika der Mediation .....	254
a) Eingriffe zur Drängung des Bürgers in den Verfahrenseinstieg? .....	257
b) Eingriffe zur Einschränkung des Rechts auf rechtliche Vertretung .....	260
aa) Grundrechtliche Verortung des Rechts auf rechtliche Vertretung .....	260
(1) Keine Verortung in Art. 19 Abs. 4 GG .....	260
(2) Keine Verortung in Art. 103 Abs. 1 GG .....	262

(3) Verortung im Recht auf ein faires Verfahren? .....	263
(a) Herrschende Meinung: Teil des Leistungsrechts auf ein faires Verfahren .....	263
(b) Eigene Kritik und Begründung eines separaten freiheitsrechtlichen Abwehrgehalts .....	267
(4) Verortung in der Berufsfreiheit des Rechtsanwalts .....	273
bb) Verkürzungen des Rechts auf rechtliche Vertretung .....	274
(1) Verkürzungen bei Mediation .....	274
(2) Negierung der Verkürzungen durch Grundrechtsverzicht? .....	279
(3) Inkurs: Verkürzungen bei evaluativen Drittmittlungen? .....	281
cc) Existenz einer Ermächtigungsgrundlage für die mediations-spezifischen Verkürzungen des Rechts auf rechtliche Vertretung .....	282
(1) Sozialrechtliche Ermächtigungsgrundlagen? .....	282
(2) § 2 Abs. 4 MediationsG als Ermächtigungsgrundlage? .....	283
dd) Zwischenergebnis .....	286
c) Eingriffe durch die Verfahrensschritte innerhalb der Mediation .....	287
aa) Grundsatz: Eingriffsentschärfung durch wirksame Einwilligung .....	287
bb) Ausnahme: Die mediative Ermittlung der Konflikthintergründe .....	289
(1) Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht .....	289
(2) Möglichkeit der Einwilligung in die Sozialdatenerhebung? .....	292
(a) Urteil des Bundessozialgerichts vom 10. 12. 2008 ..	293
(b) These der übergesetzlichen Einwilligungsmöglichkeit .....	297
(c) Entwicklung und Anwendung einer eigenen Lösung .....	298
d) Eingriff durch sozialbehördliches Hinwirken auf einen Rechtsmittelverzicht des Bürgers (Art. 19 Abs. 4 GG)? .....	306
III. Ergebnis zum verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalt für Grundrechts-eingriffe .....	307
B. Einsatzsperre kraft des einfachrechtlichen Gesetzesvorbehalts für Belastungen des Bürgers durch Sozialbehörden (§ 31 SGB I) .....	309
I. Rein deklaratorische Funktion oder spezieller Schutz vor Belastungen? .....	309
II. Insbesondere: Die für § 31 SGB I relevanten Belastungen .....	312
1. Grundsatz: Aktivierung von § 31 SGB I durch Grundrechtseingriffe ..	312
2. Keine Aktivierung von § 31 SGB I bei faktischen Einwirkungen? ...	314
III. Rechtsfolgen der Belastungsschutzdimension von § 31 SGB I für Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren .....	317
§ 2 Einsatzsperren kraft der Gesetzesvorbehalte zur Wahrung der horizontalen Gewaltenteilung .....	318
A. Einsatzsperre kraft des demokratisch-rechtsstaatlichen Wesentlichkeitsvorbehalts .....	318
I. Der Maßstab der Grundrechtsrelevanz im Allgemeinen .....	319
II. Grundrechtsrelevanz von Mediation im Sozialverwaltungsverfahren ...	320
1. Grundrechtsrelevanz des Sozialverwaltungsverfahrens .....	320

2.	Grundrechtsrelevanz von Mediation als neuem Instrument des Sozialverwaltungsverfahrens .....	323
a)	Relevanz der Mediation für die materiellen Grundrechte .....	323
b)	Relevanz der Mediation für die verfahrensbezogenen Grundrechte .....	327
aa)	Relevanz der Vertraulichkeit der Mediation für Grundrechte mit Datenbezug .....	327
bb)	Relevanz der Höchstpersönlichkeit der Mediation für Grundrechte mit Vertretungsbezug .....	333
III.	Existenz hinreichender gesetzlicher Regelungen für Mediation im Sozialverwaltungsverfahren? .....	334
IV.	Inkurs: Wesentlichkeitsvorbehalt für evaluative Drittmittlungen .....	338
1.	Grundrechtsrelevanz von evaluativen Drittmittlungen im Sozialverwaltungsverfahren .....	338
2.	Existenz hinreichender gesetzlicher Regelungen für evaluative Drittmittlungen im Sozialverwaltungsverfahren? .....	341
B.	Einsatzsperre kraft des institutionellen Gesetzesvorbehalts .....	342
I.	Übertragung von Hoheitskompetenzen auf den Mediator .....	343
1.	Grundlagen der rechtlichen Qualifikation des Mediators .....	343
2.	Hoheitskompetenzübertragung infolge der Beauftragung des Mediators .....	347
a)	Allparteilichkeit des Mediators als entäußerte Hoheitskompetenz? .....	347
b)	Prozessleitung des Mediators als entäußerte Hoheitskompetenz? .....	348
aa)	Sozialbehördliche Sachentscheidungsbefugnisse entäußert? .....	349
bb)	Gesprächsleitung und -strukturierung als entäußerte Hoheitskompetenzen? .....	350
cc)	Beteiligtenauswahl als entäußerte Hoheitskompetenz? .....	354
dd)	Interessensermittlung als entäußerte Hoheitskompetenz? ....	356
3.	Inkurs: Hoheitskompetenzübertragung infolge der Beauftragung von evaluativen Drittmittlern? .....	358
II.	Abweichende Beurteilung bei Informalität des Mediationsverfahrens? ..	361
1.	Die Rechtsnatur der Bürger-Sozialbehörde-Mediation .....	362
a)	Stets Informalität oder Einzelfallabhängigkeit? .....	362
b)	Kriterien für die Ermittlung der Rechtsnatur der Mediation ....	366
2.	Informalität – mehr Befugnisse des Mediators zulässig? .....	368
3.	Inkurs: Informalität – mehr Befugnisse evaluativer Drittmittler zulässig? .....	369
III.	Ergebnis zum institutionellen Gesetzesvorbehalt .....	370
C.	Einsatzsperre kraft eines Gesetzesvorbehalts zur Sicherung des Kontrollauftrags der Sozialgerichtsbarkeit? .....	372
D.	Einsatzsperre kraft des einfachrechtlichen Gesetzesvorbehalts für Rechtskreiserweiterungen durch Sozialbehörden (§ 31 SGB I) .....	375
I.	§ 31 SGB I: Rechtskreiserweiterungs- oder Totalvorbehalt? .....	376
II.	Die für § 31 SGB I relevanten Rechtskreiserweiterungen .....	380
1.	Aktivierung von § 31 SGB I durch förmliche Rechtskreiserweiterungen .....	380

2. Aktivierung von § 31 SGB I durch faktische Rechtskreiserweiterungen	381
III. Rechtskreiserweiterungen in der Bürger-Sozialbehörde-Mediation	383
1. Förmliche Rechtskreiserweiterungen in jeder Mediation?	383
2. Faktische Rechtskreiserweiterungen im Prozess einer jeden Mediation	384
a) Aufklärung der Interessen des Bürgers als Coachingleistung	384
b) Steigerung der allgemeinen Konfliktlösungskompetenz des Bürgers	388
IV. Existenz einer Rechtsgrundlage für die faktischen Rechtskreiserweiterungen im Prozess der Mediation?	390
V. Inkurs: Rechtskreiserweiterungsvorbehalt für evaluative Drittmittlungen	394
1. Faktische Rechtskreiserweiterungen im Prozess evaluativer Drittmittlungen	394
2. Existenz einer Rechtsgrundlage für die faktischen Rechtskreiserweiterungen im Prozess evaluativer Drittmittlungen?	396
§ 3 Zusammenfassende Betrachtung von Teil 3	397
A. Unzulässigkeit von Mediation im Sozialverwaltungsverfahren aufgrund noch nicht wahrgenommener Gesetzesvorbehalte	397
B. Unzulässigkeit von evaluativen Drittmittlungen im Sozialverwaltungsverfahren aufgrund noch nicht wahrgenommener Gesetzesvorbehalte	399
C. Inkurs: Zulässigkeit des Einsatzes von einzelnen mediativen Bausteinen im Sozialverwaltungsverfahren?	400
I. Mediative Interessensermittlung durch die Sozialbehörde ohne Mediator	400
II. Erhöhte Mündlichkeit: Das sog. Pirmasenser Modell	403

#### Teil 4

#### De lege ferenda:

#### **Die gesetzliche Bereitstellung von Bürger-Sozialbehörde-Mediation durch einen privaten Dritten im Sozialverwaltungsverfahren – Prämissen des sozialen Verfassungsstaats**

405

§ 1 Verfassungsrechtlicher Regelungsauftrag oder fakultative Regelungsberechtigung für Bürger-Sozialbehörde-Mediation?	406
A. Abwesenheit eines expliziten verfassungsrechtlichen Regelungsauftrags für Bürger-Sozialbehörde-Mediation	408
B. Regelungsauftrag für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft allgemeiner Verfassungsprinzipien und -grundsätze?	411
I. Regelungsauftrag kraft des Demokratieprinzips?	411
II. Regelungsauftrag kraft des Rechtsstaatsprinzips in seiner Ausprägung als Recht auf ein faires Sozialverwaltungsverfahren?	416
III. Regelungsauftrag kraft des Grundsatzes der Sozialverwaltungseffizienz?	422
IV. Regelungsauftrag kraft des Grundsatzes der Folgerichtigkeit?	426
C. Regelungsauftrag für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft bekannter sozialrechtsspezifischer Verfassungsprinzipien und -grundsätze?	427

I. Regelungsauftrag kraft des Sozialstaatsprinzips? .....	428
II. Regelungsauftrag kraft des Sozialstaatsprinzips i.V.m. den Grundrechten? .....	430
1. Bekannte Maßstäbe sozialstaatlich-grundrechtlicher Regelungsaufträge .....	430
2. Anwendung der bekannten Maßstäbe sozialstaatlich-grundrechtlicher Regelungsaufträge auf Bürger-Sozialbehörde-Mediation .....	433
D. Regelungsauftrag für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft eines sozialver- fassungsrrechtlichen Kooperationsgebots .....	434
I. Herleitung des sozialverfassungsrechtlichen Kooperationsgebots .....	434
1. Fortentwicklung der Vorgaben des Sozialstaatsprinzips für das Sozial- verwaltungsverfahren .....	435
a) Sozialstaatliche Kooperationspflichten der Sozialbehörden .....	435
b) Sozialstaatliche Kooperationspflichten des Sozialgesetzgebers .....	441
2. Fortentwicklung der Vorgaben der Grundrechte für das Sozialverwal- tungsverfahren .....	442
3. Das sozialverfassungsrechtliche Kooperationsgebot als Resultat der Verzahnung aller fortentwickelten Vorgaben .....	447
II. Regelungsauftrag für Bürger-Sozialbehörde-Mediation aufgrund eines Kooperationsdefizits im Sozialverwaltungsverfahren .....	450
1. Bestandsaufnahme: Kooperation im Sozialverwaltungsverfahren ....	450
a) Sozialberatung und Aufklärung mit rechtsbasierter Wahr- nehmung des Bürgers (§§ 13 ff. SGB I) .....	451
b) Pflichtenstatuierung mit punktuell interessensbasierter Wahr- nehmung des Bürgers (§ 65 Abs. 1 SGB I) .....	453
c) Individualisierte Ausgestaltung von Rechten und Pflichten mit rechtsbasierter Wahrnehmung des Bürgers (§ 33 SGB I) ....	453
d) Möglichkeiten zur Herstellung einvernehmlicher Konflikt- lösungen mit rechtsbasierter Wahrnehmung des Bürgers .....	459
e) Zwischenfazit: Bedeutende kooperative Elemente schon installiert	461
2. Bewertung: Abwesenheit interessensbasierter Instrumente – Koopera- tionsdefizit im Sozialverwaltungsverfahren? .....	463
a) Neue Thesen im Schrifttum: Verfassungsrechtliche Verpflich- tung des Staates zu Mediation und Interessensermittlung .....	464
b) Eigener Ansatz: Konkretisierung der Untergrenzen des sozial- verfassungsrechtlichen Kooperationsgebots .....	466
aa) Begründung für das Fehlen weitläufiger Mediations- und Interessensermittlungspflichten des Staates .....	466
bb) Begründung einer punktuellen sozialverfassungsrechtlichen Pflicht zum sozialbehördlichen Mediationsangebot .....	474
3. Ergebnis: Kooperationsdefizit führt zu Regelungsauftrag für Bürger- Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren .....	477
§ 2 Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Verwirklichung des Regelungsauftrags für Bürger-Sozialbehörde-Mediation .....	478
A. Formell: Die Gesetzgebungskompetenz für Bürger-Sozialbehörde-Mediation	478



I. Ausgangspunkt: Allkompetenz der Länder (Art. 70 Abs. 1 GG) .....	478
II. Bundeskompetenztitel für Bürger-Sozialbehörde-Mediation .....	479
1. Bundeskompetenz für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft der Titel für Sozialleistungen (Art. 73 f. GG)? .....	479
a) Bürger-Sozialbehörde-Mediation als Bundessozialleistung? ....	480
b) Inkurs: Bedürfnisermittlung ohne Mediator als Bundessozialleistung .....	482
2. Bundeskompetenz für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft der Titel für das Sozialverwaltungsverfahren .....	484
a) Bundestitel für das erstinstanzliche Sozialverwaltungsverfahren .....	484
aa) Bundestitel kraft einer Annexkompetenz zu Art. 73 f. GG? ..	484
bb) Bundestitel kraft Art. 83 ff. GG .....	489
(1) Bundestitel für das erstinstanzliche sozialverwaltungsverfahren bei landeseigenem Sozialleistungsvollzug ...	490
(2) Bundestitel für das erstinstanzliche sozialverwaltungsverfahren bei Sozialleistungsvollzug in Bundesauftrags- und Bundeseigenverwaltung .....	492
b) Bundestitel für das sozialbehördliche Widerspruchsverfahren ..	493
aa) Bundestitel kraft Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG oder Art. 83 ff. GG?	494
bb) Umfang des Bundestitels für das sozialbehördliche Widerspruchsverfahren im Einzelnen .....	499
3. Zwischenfazit zu den Gestaltungsmöglichkeiten des Bundes betreffend Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren ....	500
III. Verbleibende Länderkompetenzen für Bürger-Sozialbehörde-Mediation .....	501
1. Genuin verbleibende Länderkompetenzen kraft Art. 70 Abs. 1 GG ...	501
2. Abweichungskompetenz der Länder kraft Art. 125b Abs. 2 GG .....	504
a) Was bedeutet „auf Grund des Artikels 84 Abs. 1 GG“? .....	505
b) Konkretes Ausmaß der Abweichungskompetenz der Länder ....	507
aa) Abweichungskompetenz der Länder betreffend das erstinstanzliche Sozialverwaltungsverfahren .....	507
bb) Abweichungsmöglichkeit der Länder betreffend das sozialbehördliche Widerspruchsverfahren .....	508
c) Illustration der Abweichungskompetenz: Bürger-Sozialbehörde-Mediation in Sozialverwaltungsverfahren von BKK/AOK .....	509
IV. Regelungsberechtigung gleich Verpflichtetenstellung .....	511
V. Ergebnis zur Gesetzgebungskompetenz für Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren .....	511
B. Materiell: Die verfassungsrechtlich notwendigen Regelungsinhalte und ihre zweckmäßige Verwirklichung .....	513
I. Zweckmäßige Verwirklichung der Anforderungen des Eingriffsvorbehalts .....	513
1. Rechtsgrundlagen zur Begrenzung der Tätigkeit rechtlicher Vertreter .....	513
2. Rechtsgrundlagen zur Erhebung der Interessen des Bürgers .....	516

II. Zweckmäßige Verwirklichung der Anforderungen des Wesentlichkeitsvorbehalts .....	518
III. Zweckmäßige Verwirklichung der Anforderungen der rechtskreiserweiternden Dimension von § 31 SGB I .....	522
§ 3 Formulierungsempfehlungen für die konkrete Umsetzung des Regelungsauftrags betreffend Bürger-Sozialbehörde-Mediation .....	523
A. Formulierungsempfehlungen für die Ermöglichung von Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren durch den Bund .....	523
B. Formulierungsempfehlungen für die Ermöglichung von Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren durch die Länder .....	526
<i>Teil 5</i>	
<b>Zusammenfassender Ausblick</b> .....	527
§ 1 Der deutsche Begriff „Mediation“: Wege aus der Glaubwürdigkeitskrise zwecks Erschließung seines großen rechtstatsächlichen Potentials für das Sozialverwaltungsverfahren .....	527
§ 2 Mediation im Sozialverwaltungsverfahren – kraft der Grenzen des sozialen Verfassungsstaats nur mit weiteren gesetzlichen Regeln .....	531
§ 3 Pflicht von Bund und Ländern zur Bereitstellung von Mediation im Sozialverwaltungsverfahren kraft eines sozialverfassungsrechtlichen Kooperationsgebots .....	536
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	540
<b>Personen- und Stichwortverzeichnis</b> .....	581